

Stadt Bitterfeld-Wolfen
Rathausplatz 1
06766 Bitterfeld-Wolfen

Sitzungsniederschrift

Der Ausschuss für Soziales führte seine 3. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung am Dienstag, dem 02.12.2014, in Bitterfeld-Wolfen, Ortsteil Stadt Bitterfeld, Markt 7, Rathausneubau, Beratungsraum 312, von 18:00 Uhr bis 19:47 Uhr, durch.

Teilnehmerliste

stimmberechtigt:

Vorsitz

Hendrik Rohde

Mitglied

Christa Blath
Klaus-Ari Gatter
Horst Rüger
Günter Sturm

Sachkundige Einwohner

Hannelore Finke
Birgit Fritsch
Jana Groß

abwesend:

Mitglied

Mirko Claus
Klaus-Dieter Kohlmann

Sachkundige Einwohner

Jürgen Bernhardt
Beatrice Lenz
Károly Pákozdi

Die Mitglieder waren durch Einladung auf Dienstag, den 02.12.2014, unter Mitteilung der Tagesordnung geladen worden.
Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzung waren öffentlich bekanntgegeben worden.

Bestätigte Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit	
2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung	
3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2014	
4	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 21.10.2014	
5	Verpflichtung der sachkundigen Einwohner	
6	Kommunaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung BE: Herr Joachim Heinrich und Frau Dagmar Zoschke, Sprecher des Beirates für Menschen mit Behinderung des Landkreises Anhalt Bitterfeld	
7	Informationen zur zu erarbeitenden Sozialraumplanung 2015	
8	Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte	
9	Schließung des öffentlichen Teils	

zu 1	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit Der Ausschussvorsitzende begrüßte die Anwesenden und eröffnete die Sitzung um 18.00 Uhr pünktlich und stellte die Beschlussfähigkeit mit 5 anwesenden Ausschussmitgliedern sowie die ordnungsgemäße Ladung fest.	
zu 2	Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung Es gab keine Änderungsanträge zur Tagesordnung. Der Ausschussvorsitzende ließ über die Tagesordnung abstimmen. Sie wurde einstimmig angenommen.	
zu 3	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.09.2014 Die Niederschrift vom 30.09.2014 wurde mehrheitlich mit einer Enthaltung angenommen.	
zu 4	Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung vom 21.10.2014 Die Niederschrift vom 21.10.2014 wurde einstimmig angenommen.	
zu 5	Verpflichtung der sachkundigen Einwohner Die anwesenden sachkundigen Einwohner des Ausschusses für Soziales Bitterfeld - Wolfen wurden durch den Ausschussvorsitzenden entsprechend dem KVG verpflichtet. Da das Kommunalverfassungsgesetz wie in anderen Ausschüssen nicht zur Verfügung stand, soll dieses nachgereicht werden. Die Verpflichtung erfolgte entsprechend KVG insbesondere der §§ 31 und 32. Besonders wurde auf das Mitwirkungsverbot lt. KVG hingewiesen. <i>Der Ausschussvorsitzende</i> bedankte sich bei den sachkundigen Einwohnern für Ihre Bereitschaft zur Mitarbeit im Ausschuss.	
zu 6	Kommunaler Aktionsplan für Menschen mit Behinderung BE: Herr Joachim Heinrich und Frau Dagmar Zoschke, Sprecher des Beirates für Menschen mit Behinderung des Landkreises Anhalt Bitterfeld Aufgrund eines Fehlers stand beim Ausschussvorsitzenden die Zuarbeit nicht im Mandatos-Programm, die anderen Mitglieder des Ausschusses hatten die Unterlagen erhalten. Die Berichterstatter Herr Heinrich und Frau Zoschke waren leider nicht anwesend. Frau Zoschke als Sprecherin hat einen Brief an die Mitglieder des Ausschusses gerichtet. Zum Thema Kommunaler Aktionsplan wies der Ausschussvorsitzende noch einmal auf die Geschichte hin, insbesondere darauf, dass die Initiative von ärmeren Ländern bei der UNO ausging (Mexiko) und die Bundesrepublik diese Konvention ratifiziert hat. Dies beinhaltet Aktionspläne in Deutschland, den Ländern und Kommunen. Danach verlas der Ausschussvorsitzende den Brief. (Anbei zu Protokoll) <i>Der Ausschussvorsitzende</i> verwies auf die Übersetzung der Konvention.	

	<p>Stadtrat Gatter und sachkundige Einwohnerin Fritsch erbitten eine Kopie der abgestimmten deutschsprachigen Übersetzung. (Bundesgesetzblatt (BGBl) 2008 II, S. 1419)</p> <p>Der Ausschussvorsitzende eröffnete die Diskussion und verwies darauf, dass es ein Beginn ist und Fragen selbstverständlich gestellt werden sollten.</p> <p>Herr Teichmann verwies auf die Prüfung der Barrierefreiheit in allen Stadtratsbeschlüssen und ebenso auf die gesetzlichen Regelungen bei den Neubauten. Er verwies weiter darauf, dass beim Straßenbau bei Ampeln ein Piepton gefordert ist, jedoch bei sonst verkehrssicheren Kreiseln dies nicht vorhanden ist und somit ein Defizit besteht.</p> <p>Stadtrat Gatter verwies auf die Probleme der Inklusion in allen Schulen. Ebenso verwies er auf die notwendige Blindenschrift in den Aufzügen u.v.m. Er stellte die Wichtigkeit des Themas und des Ausschusses heraus und betonte, dass wir selbst und über diesen Ausschuss die Bürger von Bitterfeld - Wolfen stärker bzw. überhaupt sensibilisiert werden sollen.</p> <p>Frau Finke erinnerte an Probleme nicht abgesenkter Bordsteine im Stadtgebiet bei der Querung durch Rollstühle und Rollatoren. Ebenso verwies sie auf die ungenügende Beräumung auch insbesondere von Straßenquerungen bei Schnee durch alle.</p> <p>Herr Teichmann zeigte auf, dass 4 Kindereinrichtungen der Stadt inklusiv arbeiten. Die Beschulung von verhaltensgestörten Kindern erschwert den Unterricht.</p> <p>Stadträtin Blath bestätigte dies mit der ungenügenden Schulung und ungenügenden Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen gerade diesbezüglich.</p> <p>Stadtrat Sturm bemängelte insbesondere die Einschränkung des Wahlrechts in den Wahllokalen der Stadt Bitterfeld – Wolfen, welche nicht alle barrierefrei zugänglich sind und somit das Recht der Wahl verwehrt wird. Auch verwies er darauf, dass jetzt beim Bau der Anhaltstraße unbedingt auf die Befahrbarkeit der Radwege, und Auffahrten geachtet wird, da dies bisher für Radfahrer beschwerlich war.</p> <p>Stadtrat Rüger bestätigte die Aussage zu den Radwegen und hinterfragte den Zugang zu den Ärzten und Arzthäusern hinsichtlich Barrierefreiheit.</p> <p>Herr Teichmann erklärte, dass die Stadt dafür keine Zuständigkeit besitzt, höchstens der Kreis. Einen Arzt besucht man dann eben nicht, worauf Frau Finke auf eine steile Treppe der Vertretung ihres Hausarztes hinwies, der dann nicht entgangen werden kann. Hier muss dieser Ausschuss im Interesse seiner Bürgerinnen und Bürger mit tätig werden.</p> <p>Stadtrat Rüger und Frau Finke begrüßen die Behandlung des Themas in diesen Ausschuss.</p>	
zu 7	<p>Informationen zur zu erarbeitenden Sozialraumplanung 2015</p> <p>Der Ausschussvorsitzende verteilt das „ Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Familienförderung des Landes Sachsen – Anhalt und zur Neuordnung der Förderung sozialer Beratungsangebote.“ vom 13. August 2014 GVBI LSA Nr. 16/2014 vom 18.08.2014</p> <p>Der Ausschussvorsitzende verweist auf einige Passagen des Gesetzestextes zur Erarbeitung der Sozialraumplanung jährlich und erstmals zum 31.10.2015 durch die Landkreise und Städte.</p> <p>Herr Teichmann verweist darauf, dass dies eben genau die Zuständigkeit des Landkreises sei und nicht der Stadt Bitterfeld – Wolfen.</p>	

	<p>Der Ausschussvorsitzende antwortet darauf, dass der Landkreis sehr differenziert strukturiert und tlw. weit entfernt voneinander liegt. Die größte Stadt des Landkreises erhält gerade diesbezüglich eine erweiterte Funktion bei der Erarbeitung der Sozialraumplanung. Als Beispiel wurde eine Beratungsstelle in Zerbst benannt, welche ja wohl schwerlich für Bitterfeld-Wolfen zuständig sein kann.</p> <p>Stadtrat Gatter bekräftigte dies und das es wichtig ist, über den Ausschuss für Soziales der Stadt aktiv an der Erarbeitung mitzuwirken.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende verteilte vier Seiten einer Präsentation der Landessozialausschussvorsitzenden zur gesetzlichen Grundlage, Historie, Gegenwart und Analyse zur Sozialraumplanung und teilte mit, diese in die Zuständigkeitsordnung aufzunehmen.</p>	
<p>zu 8</p>	<p>Mitteilungen, Anfragen, Anregungen, Berichte</p> <p>Stadtrat Sturm teilte mit, dass eine Präzisierung der Arbeitsplanung erfolgen muss, da die Verwaltung einen Vorschlag erarbeitet hat, der zu Terminkollisionen führt.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende erklärte, davon gehört zu haben, dies aber noch nicht zu kennen. Die Frage ist mit dem Büro Stadtrat zu klären.</p> <p>Herr Teichmann teilte mit, dass der Bestand der Grundschule Greppin vorerst für die nächsten zwei Jahre gesichert ist.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende erklärt bei der Vermittlung zwischen Jugendbeirat und Seniorenbeirat geholfen zu haben, das gewünschte Treffen kam noch nicht zustande.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende spricht das Thema der Mittagsversorgungen in den Grundschulen an, welche in einer gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Jugend und Sport mit dem Ausschuss für Soziales stattfinden soll. Die Terminverschiebung des Sozialausschusses diesbezüglich auf den 13. Januar wurde bekanntgegeben und durch den Ausschussvorsitzenden Stadtrat Gatter bestätigt.</p> <p>Stadträtin Blath wird vom Ausschussvorsitzenden gebeten, die neuste Studie zur Mittagsversorgung an Schulen zu erkunden.</p> <p>Sie erklärt, da an Schwierigkeiten zu stoßen und somit bittet der Ausschussvorsitzende die Verwaltung, Herrn Teichmann, diese Studie zu besorgen und an die Ausschussmitglieder zu versenden. Herr Teichmann sagte die Verteilung über das Büro Stadtrat zu.</p> <p>Herr Teichmann betonte nochmals, dass es für die Stadt schwierig ist, Essensanbieter positiv oder negativ zu bewerten. Die Stadt aber bietet die materiell-technischen Voraussetzungen für Mittagessen an den Schulen in hohem Maße.</p> <p>Stadträtin Blath fragte nach einer Sicherheitsposition in der Turnhalle für die Grundschule Greppin. In der Turnhalle gibt es kein Telefon für die Lehrer für den Bedarfsfall eines Sportunfalls. Dies darf nicht sein, da im Notfall die Rettungsdienste unverzüglich informiert werden müssen.</p> <p>Herr Teichmann hinterfragte, ob beim Hallenwart nicht ein Telefon sei,</p>	

	<p>worauf Stadträtin Blath antwortete, dass dieser nicht immer da ist und sie somit nicht zum Telefon kann.</p> <p>Herr Teichmann bemerkte, dass doch wohl jeder Lehrer auch ein Handy habe.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende bemerkt dazu, dass dies keine Diensttelefone wären, und die Lehrer ja mit gutem Beispiel vorangehen sollen, wenn die Gesellschaft von den Schülerinnen und Schülern fordert, keine Handys mit in die Schule zu bringen. Somit weist der Ausschussvorsitzende den Hinweis auf persönliche Handys entschieden zurück für Dienstaufgaben.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende erinnert an Termine in der nächsten Zeit mit besonderer sozialer Bedeutung, insbesondere auf die Seniorenweihnacht, welche durch den Stadtrat Sturm und Stadtrat Rohde unterstützt wird, sowie auf die Weihnachtsmärkte.</p> <p>Der Ausschussvorsitzende verweist noch einmal, dass er Kontakt auch zum Seniorenbeirat Wolfen erneut aufnimmt und die Seniorenbeiräte zusammen mit dem Jugendbeirat in den Ausschüssen für Kultur, Bildung, Jugend und Sport sowie Soziales über ihre Beratung berichten wollen und im Sozialausschuss immer willkommene Gäste sind.</p>	
zu 9	<p>Schließung des öffentlichen Teils</p> <p>Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und hinterfragt gleichzeitig ob es Beratungsbedarf zu nicht öffentlichen Themen gibt, was von allen Mitgliedern des Ausschusses verneint wird.</p>	

gez.
Hendrik Rohde
Ausschussvorsitzender